

Ablehnung der Staatsverschuldung

Schlagwörter:

Fiskaltheorie, Geldtheorie, Geld und Banken, Die Fed

09.07.2012

-

Mises Daily - Dieser Artikel erschien in der Juni-Ausgabe 1992 von Chronicles (S. 49–52).

-

Murray N. Rothbard.

Im Frühjahr 1981 weinten konservative Republikaner im Repräsentantenhaus. Sie weinten, weil sie in der ersten Phase der Reagan-Revolution, die drastische Steuersenkungen und Kürzungen der Staatsausgaben sowie einen ausgeglichenen Haushalt bringen sollte, vom Weißen Haus und ihrer eigenen Führung aufgefordert wurden, für eine Anhebung der gesetzlichen Obergrenze für die Staatsverschuldung zu stimmen, die damals die gesetzliche Obergrenze von einer Billion Dollar erreichte. Sie weinten, weil sie ihr ganzes Leben lang gegen eine Erhöhung der Staatsverschuldung gestimmt hatten, und jetzt wurden sie von ihrer eigenen Partei und ihrer eigenen Bewegung aufgefordert, ihre lebenslangen Prinzipien zu verletzen. Das Weiße Haus und seine Führung versicherten ihnen, dass dieser prinzipielle Bruch ihr letzter sein würde: dass es notwendig sei, eine letzte Erhöhung der Schuldengrenze vorzunehmen, um Präsident Reagan eine Chance zu geben, einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen und mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Viele dieser Republikaner kündigten unter Tränen an, dass sie diesen schicksalhaften Schritt unternehmen würden, weil sie ihrem Präsidenten zutiefst vertrauten, der sie nicht im Stich lassen würde.

Berühmte letzte Worte. In gewisser Weise hatten die Berater Reagans Recht: Es gab keine Tränen und keine Klagen mehr, weil die Grundsätze selbst schnell in Vergessenheit gerieten und in den Mülleimer der Geschichte geworfen wurden. Seitdem haben sich Defizite und Staatsschulden zu einem Berg angehäuft, und nur wenige Menschen kümmern sich darum, am wenigsten die konservativen Republikaner. Alle paar Jahre wird die gesetzliche Grenze automatisch angehoben. Am Ende der Reagan-Ära beliefen sich die Staatsschulden auf 2,6 Billionen Dollar; heute sind es 3,5 Billionen Dollar und sie steigen rapide an. Und das ist noch die rosige Seite der Medaille, denn wenn man die „außerplanmäßigen“ Kreditgarantien und Eventualverbindlichkeiten hinzurechnet, beläuft sich die Gesamtverschuldung des Bundes auf 20 Billionen Dollar.

Vor der Reagan-Ära hatten Konservative eine klare Meinung zu Defiziten und Staatsverschuldung: Ein ausgeglichener Haushalt war gut, Defizite und Staatsverschuldung waren schlecht, verursacht durch freizügige Keynesianer und Sozialisten, die absurd behaupteten, dass an der Staatsverschuldung nichts Falsches oder Belastendes sei. In den berühmten Worten des linken keynesianischen Apostels der „funktionalen Finanzpolitik“, Professor Abba Lerner, ist an der Staatsverschuldung nichts auszusetzen, denn „wir schulden sie uns selbst“. Zumindest damals waren die Konservativen klug genug, um zu erkennen, dass

es einen enormen Unterschied macht, ob man – wenn man die verwirrenden Kollektivbegriffe beiseite lässt – zum „Wir“ (den belasteten Steuerzahlern) oder zu den „Uns“ (denen, die von den Steuereinnahmen leben) gehört.

Seit Reagan ist das intellektuell-politische Leben jedoch auf den Kopf gestellt. Konservative und angeblich „marktwirtschaftlich“ orientierte Ökonomen haben sich alle Mühe gegeben, neue Gründe zu finden, warum „Defizite keine Rolle spielen“ und warum wir uns alle entspannen und den Prozess genießen sollten. Das vielleicht absurdeste Argument der Reaganomen war, dass wir uns keine Sorgen über die wachsende Staatsverschuldung machen sollten, da diese in der Bundesbilanz durch eine Ausweitung der öffentlichen „Vermögenswerte“ ausgeglichen werde. Hier gab es eine neue Wendung in der marktwirtschaftlichen Makroökonomie: Die Dinge laufen gut, weil der Wert der staatlichen Vermögenswerte steigt! Wenn das so ist, warum hat die Regierung dann nicht alle Vermögenswerte vollständig verstaatlicht? Die Reaganomen haben tatsächlich jedes nur denkbare Argument für die Staatsverschuldung vorgebracht, außer dem Satz von Abba Lerner, und ich bin überzeugt, dass sie diesen Satz nicht wiederverwendet haben, weil es schwierig gewesen wäre, ihn mit ernstem Gesicht zu vertreten, zu einer Zeit, in der die ausländischen Anteile an der Staatsverschuldung in die Höhe schnellen. Selbst abgesehen von ausländischem Eigentum ist es heute weitaus schwieriger als früher, die Lerner-These aufrechtzuerhalten. Als Lerner Ende der 1930er Jahre seine These formulierte, beliefen sich die gesamten Zinszahlungen des Bundes für die Staatsverschuldung auf eine Milliarde Dollar. Heute sind sie auf 200 Milliarden Dollar gestiegen und stellen nach dem Militär und der Sozialversicherung den drittgrößten Posten im Bundeshaushalt dar: Das „Wir“ sieht im Vergleich zum „uns selbst“ immer schäbiger aus.

Um vernünftig über die Staatsverschuldung nachzudenken, müssen wir zunächst zu den ersten Prinzipien zurückkehren und Schulden im Allgemeinen betrachten. Einfach ausgedrückt findet ein Kreditgeschäft statt, wenn C, der Kreditgeber, einen Geldbetrag (z. B. 1.000 Dollar) an D, den Schuldner, überweist und dafür die Zusage erhält, dass D C innerhalb eines Jahres den Kapitalbetrag zuzüglich Zinsen zurückzahlen wird. Wenn der vereinbarte Zinssatz für die Transaktion 10 Prozent beträgt, verpflichtet sich der Schuldner, dem Gläubiger nach einem Jahr 1.100 Dollar zu zahlen. Diese Rückzahlung schließt die Transaktion ab, die im Gegensatz zu einem regulären Verkauf im Laufe der Zeit stattfindet.

Bisher ist klar, dass an der privaten Verschuldung nichts „falsch“ ist. Wie bei jedem privaten Handel oder Tausch auf dem Markt profitieren beide Seiten vom Tausch, und niemand verliert. Aber nehmen wir einmal an, der Schuldner ist töricht, übernimmt sich und stellt dann fest, dass er den vereinbarten Betrag nicht zurückzahlen kann? Dies ist natürlich ein Risiko, das durch Schulden entsteht, und der Schuldner sollte seine Schulden besser auf das beschränken, was er sicher zurückzahlen kann. Aber das ist nicht nur ein Schuldenproblem. Jeder Verbraucher kann unvernünftig Geld ausgeben; ein Mann kann sein gesamtes Gehalt für einen teuren Schmuckartikel ausgeben und dann feststellen, dass er seine Familie nicht ernähren kann. Die Dummheit der Verbraucher ist also kaum ein Problem, das sich allein auf die Verschuldung beschränkt. Es gibt jedoch einen entscheidenden Unterschied: Wenn ein Mann sich übernimmt und nicht zahlen kann, leidet auch der Gläubiger, weil der Schuldner das Eigentum des Gläubigers nicht zurückgegeben hat. Im tieferen Sinne hat der Schuldner, der die 1.100 Dollar, die er dem Gläubiger schuldet, nicht zurückzahlt, spricht: Eigentum gestohlen, das dem Gläubiger gehört; wir haben es hier nicht einfach mit einer

zivilrechtlichen Schuld zu tun, sondern mit einer unerlaubten Handlung, einer Aggression gegen das Eigentum eines anderen.

In früheren Jahrhunderten galt die Straftat des zahlungsunfähigen Schuldners als schwerwiegend, und wenn der Gläubiger nicht bereit war, die Schulden aus Nächstenliebe zu „erlassen“, schuldete der Schuldner weiterhin das Geld zuzüglich der anfallenden Zinsen sowie der Strafe für anhaltende Nichtzahlung. Oft wurden Schuldner ins Gefängnis gesteckt, bis sie zahlen konnten — vielleicht ein bisschen drakonisch, aber zumindest im richtigen Geist der Durchsetzung von Eigentumsrechten und der Verteidigung der Unantastbarkeit von Verträgen. Das größte praktische Problem bestand darin, dass es für Schuldner im Gefängnis schwierig war, das Geld für die Rückzahlung des Darlehens zu verdienen. Vielleicht wäre es besser gewesen, den Schuldner auf freien Fuß zu setzen, unter der Voraussetzung, dass sein fortlaufendes Einkommen zur Begleichung der Forderungen des Gläubigers verwendet worden wäre.

Bereits im 17. Jahrhundert begannen die Regierungen jedoch, über die Notlage der unglücklichen Schuldner zu jammern, wobei sie die Tatsache ignorierten, dass die zahlungsunfähigen Schuldner sich selbst in diese Lage gebracht hatten, und sie begannen, ihre selbst proklamierte Funktion der Durchsetzung von Verträgen zu untergraben. Es wurden Insolvenzgesetze verabschiedet, die die Schuldner zunehmend aus der Verantwortung entließen und die Gläubiger daran hinderten, ihr Eigentum zurückzuerhalten. Diebstahl wurde zunehmend geduldet, Unvorsichtigkeit subventioniert und Sparsamkeit behindert. Tatsächlich werden mit dem modernen Instrument des Kapitels 11, das durch das Insolvenzreformgesetz von 1978 eingeführt wurde, ineffiziente und unvorsichtige Manager und Aktionäre nicht nur aus der Verantwortung entlassen, sondern sie bleiben oft in Machtpositionen, sind schuldenfrei und leiten weiterhin ihre Unternehmen, wobei sie Verbraucher und Gläubiger mit ihrer Ineffizienz belasten. Moderne utilitaristische neoklassische Ökonomen sehen daran nichts Falsches; schließlich würde sich der Markt diesen Gesetzesänderungen „anpassen“. Es ist wahr, dass sich der Markt an fast alles anpassen kann, aber was heißt das schon? Gläubiger zu behindern bedeutet, dass die Zinssätze dauerhaft steigen, sowohl für die Vernünftigen und Ehrlichen als auch für die Unvorsichtigen; aber warum sollten die Ersteren besteuert werden, um die Letzteren zu subventionieren? Aber es gibt tiefergreifende Probleme mit dieser utilitaristischen Einstellung. Es ist dieselbe unmoralische Behauptung derselben Ökonomen, dass es nichts Falsches daran gibt, wenn die Kriminalität gegen Einwohner oder Ladenbesitzer in den Innenstädten zunimmt. Der Markt, so behaupten sie, werde sich an solche hohen Kriminalitätsraten anpassen und sie berücksichtigen, weshalb die Mieten und Immobilienwerte in den innerstädtischen Gebieten niedriger sein werden. Damit ist dann also für alle gesorgt. Aber was ist das bitte für ein Trost? Und welche Art von Rechtfertigung für Aggression und Verbrechen?

In einer gerechten Gesellschaft würde also nur die freiwillige Vergebung durch die Gläubiger die Schuldner aus der Verantwortung entlassen; andernfalls stellen Insolvenzgesetze einen ungerechtfertigten Eingriff in die Eigentumsrechte der Gläubiger dar.

Ein Mythos über die Entlastung von „Schuldnern“ besagt, dass Schuldner gewöhnlich arm und Gläubiger reich sind, sodass ein Eingreifen zur Rettung der Schuldner lediglich eine Forderung der egalitären „Gerechtigkeit“ sei. Aber diese Annahme war nie zutreffend: In der Geschäftswelt gilt: Je wohlhabender ein Geschäftsmann ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass er ein großer Schuldner ist. Es sind die Donald Trumps und Robert Maxwells dieser Welt,

deren Schulden ihr Vermögen spektakulär übersteigen. Interventionen zugunsten von Schuldnern wurden in der Regel von großen Unternehmen mit hohen Schulden gefordert. In modernen Unternehmen haben die sich ständig verschärfenden Insolvenzgesetze dazu geführt, dass die Gläubiger und Inhaber von Anleihen zugunsten der Aktionäre und der bestehenden Manager, die in der Regel von einigen dominanten Großaktionären eingesetzt wurden und mit ihnen verbündet sind, benachteiligt werden. Die Tatsache, dass ein Unternehmen insolvent ist, zeigt, dass seine Manager ineffizient waren, und sie sollten umgehend aus dem Unternehmen entfernt werden. Insolvenzgesetze, die die Herrschaft bestehender Manager verlängern, verletzen also nicht nur die Eigentumsrechte der Gläubiger, sondern schaden auch den Verbrauchern und dem gesamten Wirtschaftssystem, indem sie den Markt daran hindern, ineffiziente und unvorsichtige Manager und Aktionäre auszusortieren und das Eigentum an Industrievermögen auf effizientere Gläubiger zu übertragen. Nicht nur das: In einem kürzlich erschienenen Artikel in einer juristischen Fachzeitschrift haben Bradley und Rosenzweig gezeigt, dass auch die Aktionäre ebenso wie die Gläubiger durch die Einführung von Kapitel 11 im Jahr 1978 einen erheblichen Teil ihres Vermögens verloren haben. Wie sie schreiben: „Wenn sowohl Anleiheinhaber als auch Aktionäre unter Kapitel 11 zu den Verlierern gehören, wer sind dann die Gewinner?“ Die Gewinner sind, bemerkenswerterweise aber nicht überraschend, die bestehenden, ineffizienten Unternehmensmanager sowie die verschiedenen Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Finanzberater, die mit der Sanierung von Insolvenzfällen enorme Honorare verdienen.

In einer freien Marktwirtschaft, die Eigentumsrechte respektiert, wird das Volumen privater Schulden durch die Notwendigkeit, den Gläubiger zurückzuzahlen, selbst reguliert, da kein Papa Staat einen aus der Verantwortung entlässt. Darüber hinaus hängt der Zinssatz, den ein Schuldner zahlen muss, nicht nur von der allgemeinen Zeitpräferenz ab, sondern auch vom Risiko, das er als Schuldner für den Gläubiger darstellt. Ein gutes Kreditrisiko ist ein „erstklassiger Kreditnehmer“, der relativ niedrige Zinsen zahlt. Eine unvorsichtige Person oder ein vorübergehender Einwohner, der bereits einmal insolvent war, muss hingegen einen viel höheren Zinssatz zahlen, der dem Risiko des Kredits entspricht.

Die meisten Menschen wenden leider die gleiche Analyse auf die öffentliche Verschuldung an wie auf die private. Wenn die Unantastbarkeit von Verträgen in der Welt der privaten Schulden herrschen sollte, sollten sie dann in der öffentlichen Verschuldung nicht ebenso unantastbar sein? Sollten öffentliche Schulden nicht nach den gleichen Grundsätzen wie private geregelt werden? Die Antwort lautet nein, auch wenn eine solche Antwort die Gefühle der meisten Menschen schockieren mag. Der Grund dafür ist, dass die beiden Formen der Schuldentransaktion völlig unterschiedlich sind. Wenn ich mir Geld von einer Hypothekenbank leihe, habe ich einen Vertrag abgeschlossen, mein Geld zu einem späteren Zeitpunkt an einen Gläubiger zu übertragen; im Grunde genommen ist er zu diesem Zeitpunkt der wahre Eigentümer des Geldes, und wenn ich nicht zahle, raube ich ihm sein rechtmäßiges Eigentum. Wenn die Regierung sich jedoch Geld leiht, verpfändet sie nicht ihr eigenes Geld; ihre eigenen Ressourcen sind nicht haftbar. Die Regierung verpflichtet nicht ihr eigenes Leben, ihr Vermögen und ihre heilige Ehre, um die Schulden zurückzuzahlen, sondern unsere. In dieser Sache, bei einer Transaktion, sieht es völlig anders aus.

Denn im Gegensatz zum Rest von uns verkauft die Regierung keine produktiven Güter oder Dienstleistungen und verdient daher nichts. Sie kann nur Geld beschaffen, indem sie unsere Ressourcen durch Steuern plündert oder durch die versteckte Steuer der legalisierten Geldfälschung, bekannt als „Inflation“. Es gibt natürlich einige Ausnahmen, z.B. wenn die

Regierung Briefmarken an Sammler verkauft oder unsere Post mit grober Ineffizienz befördert, aber der überwiegende Teil der Staatseinnahmen wird durch Steuern oder deren monetäres Äquivalent erzielt. Tatsächlich erhielten Könige in den Tagen der Monarchie und besonders im Mittelalter vor dem Aufstieg des modernen Staates den Großteil ihres Einkommens aus ihrem privaten Grundbesitz — wie Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen. Ihre Schulden waren also eher privater als öffentlicher Natur und beliefen sich daher im Vergleich zu den öffentlichen Schulden, die Ende des 17. Jahrhunderts sprunghaft angestiegen waren, auf fast nichts.

Die öffentliche Schuldentransaktion unterscheidet sich also erheblich von privaten Schulden. Anstatt dass ein Gläubiger mit geringer Zeitpräferenz Geld gegen eine Schuldverschreibung eines Schuldners mit hoher Zeitpräferenz tauscht, erhält die Regierung nun Geld von Gläubigern, wobei beide Seiten wissen, dass das Geld nicht aus den Taschen oder auf Kosten der Politiker und Bürokraten zurückgezahlt wird, sondern aus den geplünderten Geldbörsen und Geldbeuteln der unglücklichen Steuerzahler, den Untertanen des Staates. Die Regierung erhält das Geld durch Steuerzwang; und die öffentlichen Gläubiger, die weit davon entfernt sind, unschuldig zu sein, wissen genau, dass ihre Erlöse aus demselben Zwang stammen werden. Kurz gesagt, die öffentlichen Gläubiger sind bereit, der Regierung jetzt Geld zu übergeben, um in Zukunft einen Anteil an der Steuerbeute zu erhalten. Dies ist das Gegenteil eines freien Marktes oder einer wirklich freiwilligen Transaktion. Beide Parteien verpflichten sich unmoralisch, sich in Zukunft an der Verletzung der Eigentumsrechte von Bürgern zu beteiligen. Beide Parteien treffen also Vereinbarungen über das Eigentum anderer Menschen und beide verdienen eine Ohrfeige. Die öffentliche Kreditvergabe ist kein echter Vertrag, der als unantastbar angesehen werden muss, genauso wenig wie Räuber, die ihre Beute im Voraus aufteilen, als eine Art geheiligter Vertrag behandelt werden sollten.

Jede Vermischung öffentlicher Schulden mit privaten Transaktionen muss auf der weit verbreiteten, aber absurden Vorstellung beruhen, dass Steuern tatsächlich „freiwillig“ sind und dass „wir“ alles, was die Regierung tut, bereitwillig tun. Dieser bequeme Mythos wurde vom großen Ökonomen Joseph Schumpeter witzig und pointiert widerlegt: „Die Theorie, die Steuern analog zu Vereinsbeiträgen oder den Einkäufen beispielsweise eines Arztes interpretiert, beweist nur, wie weit dieser Teil der Sozialwissenschaften von wissenschaftlichen Denkgewohnheiten entfernt ist.“ Moral und wirtschaftlicher Nutzen gehen in der Regel Hand in Hand. Im Gegensatz zu Alexander Hamiltons Behauptung, der für eine kleine, aber mächtige Clique von New Yorker und Philadelphiaer Staatsgläubigern sprach, ist die Staatsverschuldung kein „nationaler Segen“. Das jährliche Staatsdefizit sowie die jährlichen Zinszahlungen, die mit der Anhäufung der Gesamtverschuldung weiter steigen, lenken die knappen und wertvollen privaten Ersparnisse zunehmend in verschwenderische staatliche Fässer ohne Boden, die produktive Investitionen „verdrängen“. Etablierte Ökonomen, darunter auch Reaganomen, verschleiern das Problem geschickt, indem sie praktisch alle Staatsausgaben willkürlich als „Investitionen“ bezeichnen, wodurch der Eindruck entsteht, alles sei in bester Ordnung, weil die Ersparnisse produktiv „investiert“ würden. In Wirklichkeit jedoch sind Staatsausgaben nur im Orwellschen Sinne als „Investitionen“ zu bezeichnen; tatsächlich gibt die Regierung Geld für „Konsumgüter“ und Wünsche von Bürokraten, Politikern und den von ihnen abhängigen Kundengruppen aus. Staatsausgaben sind daher keine „Investitionen“, sondern Konsumausgaben von besonders verschwenderischer und unproduktiver Art, da sie nicht von Produzenten, sondern von einer parasitären Klasse getätigt werden, die vom produktiven Privatsektor lebt und ihn zunehmend

schwächt. So sehen wir, dass Statistiken keineswegs „wissenschaftlich“ oder „wertfrei“ sind; wie Daten klassifiziert werden — ob beispielsweise Staatsausgaben „Konsum“ oder „Investitionen“ sind — hängt von der politischen Philosophie und den Erkenntnissen des Herausgebers ab.

Defizite und eine steigende Verschuldung sind daher eine wachsende und untragbare Belastung für Gesellschaft und Wirtschaft, sowohl weil sie die Steuerlast erhöhen als auch zunehmend Ressourcen aus dem produktiven in den parasitären, kontraproduktiven „öffentlichen“ Sektor ableiten. Darüber hinaus verschlimmert sich die Lage noch, wenn Defizite durch eine Ausweitung der Bankkredite – also durch die Schaffung von neuem Geld – finanziert werden, da die Kreditinflation zu einer permanenten und steigenden Preisinflation sowie zu Wellen von Boom-Bust-„Konjunkturzyklen“ führt.

Aus all diesen Gründen hassten und beschimpften die Jeffersonianer und Jacksonianer (die im Gegensatz zu den Mythen der Historiker außerordentlich gut in der Wirtschafts- und Geldtheorie waren) die Staatsverschuldung. Tatsächlich wurde die Staatsschuld zweimal in der amerikanischen Geschichte zurückgezahlt, das erste Mal von Thomas Jefferson und das zweite und zweifellos das letzte Mal von Andrew Jackson.

Leider würde die Tilgung einer Staatsverschuldung, die bald 4 Billionen Dollar erreichen wird, das ganze Land schnell in den Bankrott treiben. Denken Sie über die Folgen nach, die die Einführung neuer Steuern in Höhe von 4 Billionen Dollar in den Vereinigten Staaten im nächsten Jahr mit sich bringen würde! Eine andere, fast ebenso verheerende Möglichkeit, die Staatsschulden zu tilgen, wäre das Drucken von 4 Billionen Dollar an neuem Geld – entweder in Form von Papiergeld oder durch die Schaffung neuer Bankkredite. Diese Methode wäre außerordentlich inflationär, und die Preise würden schnell in die Höhe schnellen, alle Gruppen ruinieren, deren Einkommen nicht im gleichen Maße gestiegen sind, und den Wert des Dollars zerstören. Aber im Wesentlichen passiert das in Ländern, die hyperinflationär sind, wie Deutschland 1923, und in unzähligen Ländern seitdem, insbesondere in der Dritten Welt. Wenn ein Land die Währung aufbläht, um seine Schulden zu begleichen, steigen die Preise, sodass die Dollar, Mark oder Pesos, die der Gläubiger erhält, viel weniger wert sind als die Dollar oder Pesos, die er ursprünglich verliehen hat. Als ein Amerikaner 1914 eine deutsche 10.000-Mark-Anleihe kaufte, war sie mehrere tausend Dollar wert; diese 10.000 Mark Ende 1923 wären nicht mehr wert gewesen als ein Stück Kaugummi. Inflation ist also eine hinterhältige und schrecklich destruktive Art, die „Staatsverschuldung“ indirekt abzulehnen; destruktiv, weil sie die Währungseinheit ruiniert, auf die Individuen und Unternehmen bei der Berechnung all ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen angewiesen sind.

Ich schlage daher eine scheinbar drastische, aber tatsächlich weit weniger destruktive Methode vor, um die öffentlichen Schulden mit einem Schlag abzubauen: völlige Schuldenverweigerung. Betrachten Sie diese Frage: Warum sollten die armen, geschundenen Bürger Russlands, Polens oder anderer ehemaliger kommunistischer Länder an die Schulden gebunden sein, die ihre früheren kommunistischen Herren gemacht haben? In der kommunistischen Situation ist die Ungerechtigkeit klar: dass Bürger, die für Freiheit und eine freie Marktwirtschaft kämpfen, besteuert werden sollten, um die Schulden der monströsen ehemaligen herrschenden Klasse zu bezahlen. Aber diese Ungerechtigkeit unterscheidet sich nur graduell von „normalen“ Staatsschulden. Denn warum sollte umgekehrt die kommunistische Regierung der Sowjetunion an Schulden gebunden gewesen sein, die sie von der zaristischen Regierung, die sie hasste und stürzte, aufgenommen hatte? Und warum

sollten wir, die heute notleidenden amerikanischen Bürger, an Schulden gebunden sein, die von einer früheren herrschenden Elite verursacht wurden, die diese Schulden auf unsere Kosten aufgenommen hat? Eines der überzeugenden Argumente gegen die Zahlung von „Reparationen“ an Schwarze für vergangene Sklaverei ist, dass wir, die Lebenden, keine Sklavenhalter waren. Ebenso haben wir, die Lebenden, weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart Schulden gemacht, die den Politikern und Bürokraten in Washington entstanden sind.

Obwohl von Historikern und der Öffentlichkeit weitgehend vergessen, ist die Ablehnung der Staatsverschuldung ein fester Bestandteil der amerikanischen Tradition. Die erste Welle der Ablehnung der Staatsverschuldung kam in den 1840er Jahren nach den Panikwellen von 1837 und 1839. Diese Paniken waren die Folge eines massiven inflationären Booms, der von der von den Whigs geführten Second Bank of the United States angeheizt wurde. Auf der Welle der inflationären Kreditvergabe schwimmend, nahmen zahlreiche Landesregierungen, vor allem diejenigen unter Führung der Whigs, enorme Schulden auf, die größtenteils in verschwenderische öffentliche Bauvorhaben (euphemistisch als „interne Verbesserungen“ bezeichnet) und in die Gründung inflationärer Banken flossen. Die ausstehende Staatsverschuldung der Landesregierungen stieg im Jahrzehnt der 1830er Jahre von 26 Millionen auf 170 Millionen Dollar. Die meisten dieser Staatsanleihen wurden von britischen und niederländischen Investoren finanziert.

Während der deflationären 1840er Jahre, die auf die Panikwellen folgten, mussten die Staatsregierungen ihre Schulden in Dollar zurückzahlen, die jetzt wertvoller waren als die, die sie geliehen hatten. Viele Bundesstaaten, die heute größtenteils von den Demokraten regiert werden, begegneten der Krise, indem sie diese Schulden entweder vollständig oder teilweise durch eine Herabsetzung des Betrags im Rahmen von „Anpassungen“ ablehnten. Insbesondere von den 28 amerikanischen Staaten in den 1840er Jahren befanden sich neun in der glorreichen Lage, keine öffentlichen Schulden zu haben, und einer (Missouri) war vernachlässigbar; von den 18 verbleibenden zahlten neun die Zinsen für ihre öffentlichen Schulden ohne Unterbrechung, während weitere neun (Maryland, Pennsylvania, Indiana, Illinois, Michigan, Arkansas, Louisiana, Mississippi und Florida) einen Teil oder alle ihre Verbindlichkeiten ablehnten. Von diesen Staaten waren vier mehrere Jahre lang mit ihren Zinszahlungen in Verzug, während die anderen fünf (Michigan, Mississippi, Arkansas, Louisiana und Florida) ihre gesamten ausstehenden öffentlichen Schulden vollständig und dauerhaft ablehnten. Wie bei jeder Schuldenverweigerung führte dies dazu, dass den Steuerzahlern in den zahlungsunfähigen und die Schulden verweigernden Staaten eine große Last von den Schultern genommen wurde.

Abgesehen von dem moralischen Argument oder dem Argument der Vertragstreue gegen die Ablehnung, das wir bereits erörtert haben, lautet das gängige wirtschaftliche Argument, dass eine solche Ablehnung katastrophal wäre, denn wer, der bei klarem Verstand ist, würde einer ablehnenden Regierung erneut Geld leihen? Aber das effektive Gegenargument wurde selten in Betracht gezogen: Warum sollte mehr privates Kapital in staatliche Rattenlöcher gegossen werden? Gerade das Austrocknen des zukünftigen öffentlichen Kredits ist eines der Hauptargumente für die Ablehnung, denn es bedeutet, einen Hauptkanal für die verschwenderische Zerstörung der Ersparnisse der Öffentlichkeit vorteilhaft auszutrocknen. Was wir wollen, sind reichlich Ersparnisse und Investitionen in private Unternehmen sowie eine schlanke, sparsame, kostengünstige und minimalistische Regierung. Das Volk und die

Wirtschaft können nur dann reich und wohlhabend werden, wenn ihre Regierung ausgehungert und verkümmert ist.

Die nächste große Welle der Ablehnung staatlicher Schulden kam im Süden, nachdem die Plage der Besetzung durch den Norden und der Wiederaufbau von ihnen genommen worden war. Acht Südstaaten (Alabama, Arkansas, Florida, Louisiana, North Carolina, South Carolina, Tennessee und Virginia) lehnten in den späten 1870er und frühen 1880er Jahren unter demokratischen Regimen die Schulden ab, die ihren Steuerzahlern von den korrupten und verschwenderischen radikalen republikanischen Regierungen im Rahmen des Wiederaufbaus aufgezwungen wurden.

Was kann also jetzt getan werden? Die aktuelle Staatsverschuldung beträgt 3,5 Billionen Dollar. Etwa 1,4 Billionen Dollar oder 40 Prozent davon befinden sich im Besitz der einen oder anderen Behörde der Bundesregierung. Es ist lächerlich, dass ein Bürger von einer Behörde der Bundesregierung (dem Finanzamt) besteuert wird, um Zinsen und Tilgung für Schulden einer anderen Behörde der Bundesregierung zu bezahlen. Es würde dem Steuerzahler viel Geld ersparen und Einsparungen durch weitere Verschwendung ersparen, wenn er diese Schulden einfach vollständig streichen würde. Die angebliche Verschuldung ist lediglich eine buchhalterische Fiktion, die die Realität verschleiert und ein bequemes Mittel darstellt, um den Steuerzahler zu schröpfen. Daher denken die meisten Menschen, dass die Sozialversicherungsbehörde ihre Beiträge einzieht und diese, möglicherweise durch solide Investitionen, ansammelt und dann den „versicherten“ Bürgern „zurückzahlt“, wenn sie 65 Jahre alt werden. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Es gibt keine Versicherung und keinen „Fonds“, wie es in jedem privaten Versicherungssystem der Fall sein muss. Die Bundesregierung nimmt einfach die Sozialversicherungsbeiträge (Steuern) der jungen Menschen, gibt sie für allgemeine Ausgaben des Finanzministeriums aus und besteuert dann, wenn die Person 65 Jahre alt wird, jemand anderen, um die „Versicherungsleistung“ zu bezahlen. Die Sozialversicherung, vielleicht die am meisten verehrte Institution im amerikanischen Gemeinwesen, ist gleichzeitig auch der größte Betrug. Sie ist einfach ein riesiges Schneeballsystem, das von der Bundesregierung kontrolliert wird. Diese Realität wird jedoch durch den Kauf von Staatsanleihen durch die Sozialversicherungsbehörde verschleiert, wobei das Finanzministerium diese Mittel dann nach Belieben ausgibt. Die Tatsache jedoch, dass die Sozialversicherungsbehörde Staatsanleihen in ihrem Portfolio hat und Zinsen und Zahlungen von den amerikanischen Steuerzahlern einzieht, ermöglicht es ihr, sich als legitimes Versicherungsunternehmen zu tarnen.

Die Streichung von Bundesanleihen, die von Bundesbehörden gehalten werden, reduziert die Staatsverschuldung um 40 Prozent. Ich würde dafür plädieren, die gesamten Schulden rundweg abzulehnen und die Dinge einfach auf sich zukommen zu lassen. Das großartige Ergebnis wäre eine sofortige Senkung der Bundesausgaben um 200 Milliarden Dollar, mit zumindest der Chance auf eine entsprechende Steuersenkung.

Aber wenn dieses Vorgehen als zu drastisch angesehen wird, warum behandelt man dann die Bundesregierung nicht wie jeden anderen privaten Insolvenzfall (und vergisst dabei Kapitel 11)? Die Regierung ist eine Organisation, warum also nicht die Vermögenswerte dieser Organisation liquidieren und den Gläubigern (den Inhabern von Staatsanleihen) einen anteiligen Betrag dieser Vermögenswerte auszahlen? Diese Lösung würde den Steuerzahler nichts kosten und ihm erneut jährliche Zinszahlungen in Höhe von 200 Milliarden Dollar ersparen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte gezwungen werden, ihre

Vermögenswerte herauszugeben, sie zu versteigern und dann die Gläubiger entsprechend zu bezahlen. Welche staatlichen Vermögenswerte? Es gibt viele Vermögenswerte, von Nationalparks über öffentlichen Ländereien bis hin zu verschiedenen Strukturen wie der Post. Das riesige CIA-Hauptquartier in Langley, Virginia, dürfte eine Menge Geld einbringen, um genügend Eigentumswohnungen für die gesamte Belegschaft innerhalb des Beltway zu finanzieren. Vielleicht könnten wir die Vereinten Nationen aus den Vereinigten Staaten vertreiben, das Land und die Gebäude zurückfordern und sie für Luxuswohnungen für die East Side Schickeria verkaufen. Ein weiterer glücklicher Zufall dieses Prozesses wäre eine massive Privatisierung des vergesellschafteten Landes im Westen der Vereinigten Staaten und auch im Rest von Amerika. Diese Kombination aus Ablehnung und Privatisierung würde einen großen Beitrag zur Verringerung der Steuerlast, zur Herstellung einer soliden Finanzlage und zur Entstaatlichung der Vereinigten Staaten leisten.

Um diesen Weg einschlagen zu können, müssen wir uns jedoch zunächst von der falschen Denkweise befreien, die öffentlich und privat miteinander vermischt und Staatsschulden so behandelt, als handele es sich um einen produktiven Vertrag zwischen zwei legitimen Eigentümern.